

nicht einmal wahnsinnig ins Gewicht. Beim öffentlichen Verkehr sind es die Investitionen in die Neat und diese Geschichten, die auch finanziert werden müssen, die wachsen. Wenn Sie das alles anschauen, stellen Sie fest, dass diese 4,3 Prozent Wachstum eben gerade nicht von den eigentlichen Hauptaufgaben herrühren. Woher kommen sie dann? Sie kommen aus zwei Quellen:

Die erste Quelle sind die Finanzausgaben: Weil wir eben einen enormen Schuldenberg haben und weil die Zinsen wieder zugenommen haben, steigen nach wie vor die Kosten der Finanzierung, es steigen die Zinszahlungen. Das schlägt durch, und das ist einer der Gründe, warum wir mittelfristig Schulden abbauen sollten, um wieder mehr finanzpolitischen Handlungsspielraum zu gewinnen.

Die zweite Quelle sind Durchlaufposten: Der grösste Durchlaufposten betrifft die AHV. 1,5 dieser 4,3 Prozent kommen nur von der Erhöhung der Mehrwertsteuer für die AHV/IV im Jahre 2003. Wenn Sie das wegnehmen – das ist die Finanzierung des Teiles aufgrund der demographischen Entwicklung, des grössten Kostentreibers bei der AHV –, sind Sie etwa 1,5 Prozent tiefer; das sind 2,8 Prozent. Sie liegen also bereits 0,6 Prozentpunkte unter dem BIP-Wachstum. Ohne Berücksichtigung der AHV nimmt die Staatsquote also ab.

Ein weiterer Durchlaufposten betrifft die guten Einnahmen bei der direkten Bundessteuer. Sie führen dazu, dass auch die 30 Prozent der direkten Bundessteuer, die wir den Kantonen für den Finanzausgleich zurückgeben müssen, frankenmässig wachsen. Das ist in den Ausgaben nach dem Bruttoprinzip verbucht, das Sie von uns auch bei der AHV gefordert haben. Das macht nochmals ungefähr 0,3 Prozent aus. Wenn Sie auch das wegnehmen, liegen Sie beinahe bei den 2,5 Prozent, die Sie wollen.

Weil die Tatsachen aber anders sind, weil wir die AHV konsolidieren müssen, weil wir von guten Steuereinnahmen etwas an die Kantone weitergeben müssen, sind 2,5 Prozent zu tief und können nicht eingehalten werden. Ich bin deshalb der Meinung, dass Sie keine Vorstösse präzise überweisen sollten, die am Schluss nicht eingehalten werden können. Wir können es nicht tun; Sie werden das bei den einzelnen Budgets sehen.

Ich höre immer die grossen Worte, was man alles sparen sollte; wenn es aber dann konkret wird – das sage ich vielleicht etwas in Richtung SVP-Fraktion –, wenn es z. B. um den Orkan Lothar oder Ähnliches geht, ist es dann plötzlich nicht mehr so einfach. Bei anderen Fraktionen ist es in anderen Bereichen auch so. Ich weiss: Sie alle wissen im Einzelnen, wo man sparen soll; aber leider denken dabei nicht alle an den gleichen Ort, sonst wäre es sehr viel einfacher. So aber finden sich eben keine Mehrheiten, um das Ausgabenwachstum wirklich signifikant zu bremsen.

Das ist der Grund, warum ich Ihnen etwas à contrecœur empfehlen muss, diese Motion abzulehnen. Es ist wiederum ein Vorstoss, der sich auf dem Papier sehr gut macht, der sehr vernünftig, aber nicht erfüllbar ist.

Ich bitte Sie, die Motion abzulehnen.

Abstimmung – Vote

Für Überweisung der Motion 58 Stimmen

Dagegen 68 Stimmen

98.3512

Interpellation Hasler Ernst. (Schlüer Ulrich) Runder Tisch. Gesamtbelastung der Wirtschaft Interpellation Hasler Ernst (Schlüer Ulrich). Table ronde. Conséquences pour l'économie

Diskussion – Discussion

Einreichungsdatum 09.10.98

Date de dépôt 09.10.98

Nationalrat/Conseil national 19.03.99

Nationalrat/Conseil national 04.10.00

Präsident (Seiler Hanspeter, Präsident): Herr Hasler Ernst hat sich seinerzeit nicht befriedigt erklärt. Herr Schlüer hat diesen Vorstoss übernommen. Er verzichtet auf eine Diskussion. Der Vorstoss ist damit erledigt.

98.3519

Interpellation Gross Jost. IWF. Rolle in der Asienkrise Interpellation Gross Jost. FMI. Rôle dans la crise asiatique

Diskussion – Discussion

Einreichungsdatum 09.10.98

Date de dépôt 09.10.98

Nationalrat/Conseil national 18.12.98

Nationalrat/Conseil national 04.10.00

Präsident (Seiler Hanspeter, Präsident): Wir haben Diskussion beschlossen. Herr Gross Jost ist nicht im Saal. Dieser Vorstoss ist damit erledigt. Herr Gross ist teilweise befriedigt.

98.3675

Motion Hochreutener Norbert (Heim Alex). Goldreserven für gesamtschweizerische Bildungsoffensive Motion Hochreutener Norbert (Heim Alex). Les réserves d'or pour financer une vaste offensive sur le front de la formation

Diskussion – Discussion

Einreichungsdatum 18.12.98

Date de dépôt 18.12.98

Nationalrat/Conseil national 19.03.99

Nationalrat/Conseil national 04.10.00

Präsident (Seiler Hanspeter, Präsident): Der Vorstoss wird vom Sprechenden bekämpft. An meiner Stelle wird Herr Föhn sprechen.

Föhn Peter (V, SZ): Ich bekämpfe die Motion und allenfalls auch ein Postulat «Goldreserven für gesamtschweizerische Bildungsoffensive». Der Titel ist zunächst sicher reisserisch und vor allem auch verführerisch. Eigentlich ist es immer verführerisch, für irgendwelche Aufgaben, auch wenn sie noch so gut sind, Bundesfinanzen oder eben Bundessubventionen anfordern oder bekommen zu können. Das Anliegen und die Forderung dieser Motion gehen aber klar in die falsche Richtung und würden total falsche Signale aussenden. Es ist lobenswert, dass im Bildungsbereich, betreffend einer Bildungsoffensive, in letzter Zeit viel gegangen ist, insbesondere auf der Volksschulstufe, und zwar vielfach ohne Bundesunterstützung. Gerade im Bereich Informatikunterricht sind die Kantone und ihre Schulträger in die Offensive gegangen, obwohl dieser Bereich sehr kostenwirksam ist; diese Bildungsoffensive ist sehr lobenswert. Sie beweist auch, dass es nicht für jedes positive Engagement finanzielle Anreize von irgendeiner Milchkuh braucht.

Weshalb bekämpfe ich diese Motion respektive auch das Postulat?

1. Der Volksschulunterricht ist klar einzig und allein Aufgabe und Auftrag der Kantone. Die Kantone sind stark und willens genug, ein gutes, zukunftsorientiertes Bildungsangebot zu gewährleisten.

2. Sie wissen, dass die SVP die Goldreserven klar als Volksvermögen bezeichnet. Dabei muss man sich fragen: Wie und wem wird Volksvermögen, welches der gesamten Bevölkerung der Schweiz gehört, verteilt oder zugestanden? Auch wissen Sie, dass die SVP die Goldreserven als Volksvermögen der AHV zukommen lassen will – so können alle profitieren, die Rentner, aber auch die Jüngeren, wenn diese weniger in den AHV-Stock opfern müssen und später auch entsprechend als Bezüger profitieren können. Und zu guter Letzt soll jeder Einzelne über sein Vermögen verfügen können. Das heisst: Nichts anderes als eine Volksabstimmung soll über die Verwendung der Gelder der Goldreserven entscheiden; nur das ist richtig und ehrlich. Bei einer Zustimmung zur Motion oder zu einem Postulat Hochreutener würden wir diesem Entscheid vorgreifen, und das dürfen wir nicht tun.

Deshalb beantrage ich Ihnen, auch das Postulat abzulehnen.

Villiger Kaspar, Bundesrat: Ich glaube, wir müssen hier nicht schon die ganze Diskussion über die Verwendung dieser so genannten überschüssigen Goldreserven vorwegnehmen. Es geht um die 1300 Tonnen Gold, die für Währungszwecke nicht mehr nötig sind; sie stehen zur Verfügung. Ich bin mit Herrn Föhn völlig einverstanden: Das ist Volksvermögen; was immer Sie überweisen und beschliessen, ob das in die Bildung, in die AHV oder an die Kantone geht, es wird nicht möglich sein, es ohne eine Volksabstimmung zu verteilen. Es beabsichtigt auch niemand, dem Volk dieses Vermögen klammheimlich irgendwie wegzunehmen.

Sie wissen, der Bundesrat beabsichtigt, die Stiftung solidarische Schweiz mit einem Teil dieser Goldreserven zu finanzieren. Der Bundesrat ist nach wie vor der Meinung, das sei ein grosses und sehr wichtiges Werk, das der Schweiz gut anstünde, das die Schweiz – und nur die Schweiz – macht und das nicht unter Erpressung oder unter irgendwelchem Druck entstanden ist oder entstehen wird. Aber auch darüber werden Sie und abschliessend das Volk entscheiden. Sogar wenn man diese Stiftung machen würde – was wir hoffen –, stünden noch weitere 800 Tonnen Gold im Betrag von etwa 10 Milliarden Schweizerfranken für andere Zwecke zur Verfügung.

Nun kann man sich die Frage stellen: Was heisst das, wenn das Volksvermögen ist? Man gibt es dem Volk zurück und macht es mit dem Volk. Ich glaube, es heisst vor allem auch, dass das Volk selber darüber entscheiden kann, und das wird der Fall sein. Aber man kann sich mit Fug und Recht die Frage stellen, ob man das nur für die Älteren tun soll, ob man es beispielsweise in die AHV geben soll, oder ob man nicht auch für die junge Generation etwas tun könnte, dann

wäre die Frage der Bildung natürlich durchaus auch erwägenswert. Wir wissen ja, dass wir in einer Welt leben, die sich enorm rasch verändert und dass vor allem durch die neuen Technologien im Bereich der Informatik, der Kommunikation usw. die Welt grundlegend verändert wird. Wir müssen dafür sorgen, dass alle Bürgerinnen und Bürger, alle Jungen, ob mehr oder weniger begabt, in der Lage sind, mit diesen Instrumenten umzugehen. Das ist auch für die Zukunft des Arbeitsplatzes Schweiz von grosser Bedeutung. Weil wir, verglichen mit anderen Ländern, etwa mit Finnland oder vielleicht auch mit den USA, in Bezug auf die flächendeckende Ausbildung in diesen Bereichen etwas hintennach zu sein scheinen, ist die Idee einer solchen Bildungsoffensive zumindest nicht abwegig. Ich sage das jetzt einmal so. Das ist der Grund dafür, dass der Bundesrat im Hinblick auf die Gesamtverwendung dieser 800 Tonnen Gold das Element der Bildungsoffensive – zusammen auch mit dem Element einer Verwendung für die AHV, zusammen auch mit dem Element Schuldenabbau – in eine Vernehmlassung gegeben hat. Die Kantone beharren ja bekanntlich darauf, dass sie von den 800 Tonnen Gold mindestens zwei Drittel abbekommen, wie das der normale Verteilschlüssel für Erträge der Schweizerischen Nationalbank in der Bundesverfassung vorsieht. Darüber wird also noch gesprochen werden, und das ist der Grund dafür, dass es jetzt in der Vernehmlassung ist.

Weil diese Vernehmlassung noch nicht ausgewertet ist und weil noch keine Vorlage besteht, ist der Bundesrat der Meinung, man dürfe diesen Vorstoss nicht als Motion überweisen. Auf der anderen Seite sollten Sie nicht von vornherein die vertiefte Prüfung dieses an sich vernünftigen Anliegens verunmöglichen, indem Sie den Vorstoss auch nicht als Postulat überweisen. Das ist der Grund dafür, dass der Bundesrat bereit ist, diesen Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen. Er wird dann nach der Auswertung der Vernehmlassung entscheiden, ob er Ihnen einen entsprechenden Antrag unterbreiten wird oder nicht.

Abstimmung – Vote

Für Überweisung des Postulates 73 Stimmen

Dagegen 52 Stimmen

99.3165

Motion sozialdemokratische Fraktion. Bundesgesetz über die Errichtung der Stiftung solidarische Schweiz

Motion groupe socialiste.

Loi fédérale sur la Fondation Suisse solidaire

Einreichungsdatum 21.04.99

Date de dépôt 21.04.99

Nationalrat/Conseil national 04.10.00

Aeppli Wartmann Regine (S, ZH): Die SP-Fraktion hat diese Motion unmittelbar im Anschluss an die Annahme der neuen Bundesverfassung eingereicht. Die Begründung für diese Reaktion lag vor allem darin, dass wir nach unserer Meinung mit der neuen Bundesverfassung nun eine Verfassungsgrundlage für die Bewirtschaftung der Goldreserven haben.

Sie erinnern sich vielleicht: Dieser Frage ging eine grosse Diskussion voraus. Der Bundesrat stellte sich lange auf den Standpunkt, der Währungsartikel in der neuen Bundesverfassung sei eine ausreichende Grundlage für die Solidaritätsstiftung und der Bewirtschaftung der Goldreserven. Dann behandelten wir 1999 hier im Rat aber einen zusätzlich vorgeschlagenen neuen Währungsartikel, der eine explizite Grundlage für die Solidaritätsstiftung vorsah, gekoppelt

110. Jahrgang des Amtlichen Bulletins

Herausgeber:

Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung
Parlamentsdienste
3003 Bern
Tel. 031/322 99 82
Fax 031/322 99 33
E-mail Bulletin@pd.admin.ch

Chefredaktor: Dr. phil. François Comment

Druck: Vogt-Schild/Habegger Medien AG, 4501 Solothurn

Vertrieb und Abonnemente:

EDMZ, 3000 Bern
Tel. 031/325 50 50
Fax 031/325 50 58

Preise gedruckte Fassung (inkl. MWSt):

Einzelnummer Nationalrat	Fr. 24.–
Jahresabonnement Schweiz (Nationalrat und Ständerat)	Fr. 95.–
Jahresabonnement Ausland	Fr. 103.–

CD-ROM-Fassung:

Vertrieb und Abonnemente: Bulletin

Internet-Homepage: <http://www.parlament.ch>

ISSN 1421-3974

110^e année du Bulletin officiel*Editeur:*

Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
Services du Parlement
3003 Berne
Tél. 031/322 99 82
Fax 031/322 99 33
E-mail Bulletin@pd.admin.ch

Rédacteur en chef: François Comment, dr ès lettres

Impression: Vogt-Schild/Habegger Media SA, 4501 Soleure

Distribution et abonnements:

OCFIM, 3000 Berne
Tél. 031/325 50 50
Fax 031/325 50 58

Prix version imprimée (TVA incl.):

Numéro isolé Conseil national	fr. 24.–
Abonnement annuel pour la Suisse (Conseil national et Conseil des Etats)	fr. 95.–
Abonnement annuel pour l'étranger	fr. 103.–

Version CD-ROM:

Distribution et abonnements: Bulletin

Site Internet: <http://www.parlement.ch>

ISSN 1421-3974